

stadt oberhausen

migrationsrat

Herrn Innenminister  
Dr. Wolf

40190 Düsseldorf

Rathaus  
Schwartzstr. 72  
46042 Oberhausen

Telefon (0208) 825 3434  
Telefax (0208) 825 5454

**Resolution „Humanitäres Bleiberecht“**

Datum:  
07.09.06

Sehr geehrter Herr Innenminister!

Gebäude:  
Rathaus  
1. Etage, Raum-Nr. 140

Der Migrationsrat der Stadt Oberhausen – die kommunale Interessenvertretung von ca. 30.000 Menschen mit Migrationshintergrund – hat am 5. September unter Tagesordnungspunkt 4 die Resolution „Humanitäres Bleiberecht“ (als Anlage beigelegt) einstimmig verabschiedet.

Bearbeiter/-in:  
Ercan Telli

Durchwahl:  
0208 / 825-3434

Ich möchte Sie bitten, bei der Innenministerkonferenz am 16./17. November 2006 in Nürnberg dafür zu appellieren, dass der unwürdige Zustand der Geduldeten in Deutschland beendet wird und ein Bleiberecht herbeigeführt wird, damit diese Menschen wieder ein menschenwürdiges Leben führen können.

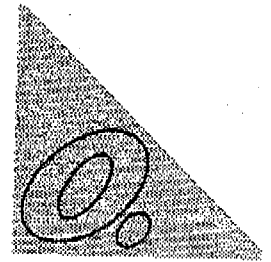
E-Mail:  
migrationsrat@  
oberhausen.de

Ich bedanke mich – auch im Namen des Migrationsrates – und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

  
Yusuf Giraz  
Vorsitzender

Anlage



stadt oberhausen

migrationsrat

Rathaus  
Schwartzstr. 72  
46042 Oberhausen

Telefon (0208) 825 3434  
Telefax (0208) 825 5454

Frau Regina van Dinter  
Präsidentin des Landtags NRW  
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

**Resolution „Humanitäres Bleiberecht“**

Datum:  
14.09.06

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin!

Gebäude:  
Rathaus  
1. Etage, Raum-Nr. 140

Der Migrationsrat der Stadt Oberhausen – die kommunale Interessenvertretung von ca. 30.000 Menschen mit Migrationshintergrund – hat am 5. September unter Tagesordnungspunkt 4 die Resolution „Humanitäres Bleiberecht“ einstimmig verabschiedet.

Bearbeiter/-in:  
Ercan Telli

Durchwahl:  
0208 / 825-3434

In unserem Schreiben an den NRW Innenminister Dr. Wolf vom 7. September 2006 appellieren wir an ihn bei der Innenministerkonferenz am 16./17. November 2006 in Nürnberg, den unwürdigen Zustand der Geduldeten in Deutschland zu beenden und ein Bleiberecht herbeizuführen, damit die betroffenen Menschen wieder ein menschenwürdiges Leben führen können.

E-Mail:  
migrationsrat@  
oberhausen.de

Ich möchte auch Ihnen dieses Schreiben sowie die Resolution zur Kenntnisnahme überreichen und freue mich über eine Unterstützung von Ihrer Seite.

Ich bedanke mich – auch im Namen des Migrationsrates – und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Yusuf Giraz  
Vorsitzender

Anlagen

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
14. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT

14/0609

7041708

### **Humanitäres Bleiberecht**

Mehr als 200.000 Menschen müssen in Deutschland bis heute mit dem unsicheren Status einer Duldung leben, davon etwa 150.000, die bereits länger als acht Jahre hier leben. Ein Großteil von ihnen sind Kriegsflüchtlinge, denen der Schutz des Asylrechtes verweigert wurde.

Die Gründe dafür, dass viele Menschen trotz verweigerten Asylrechts nicht abgeschoben werden, sind vielfältig. An erster Stelle steht die drohende Folter oder Todesstrafe im Herkunftsland.

Auch nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland ist die gesellschaftliche Eingliederung der Geduldeten bisher politisch ungewiss.

Mit Duldung leben heißt:

- eingeschränkter Arbeitsmarktzugang
- kein Anspruch auf eine Wohnung
- kein Anspruch auf Sozialhilfe
- das Verbot, den zugewiesenen Wohnort zu wechseln

Diese und weitere Maßnahmen schließen geduldete Menschen von sozialer und kultureller Teilhabe weitgehend aus.

Nicht wenige Menschen macht ein Leben mit Duldung physisch und psychisch krank.

Dennoch wachsen sie in die Gesellschaft hinein, knüpfen Kontakte im Wohnheim, in der Nachbarschaft, in der Gemeinde oder im Vereinsleben.

Kinder und Jugendliche besuchen die Schule und finden Freunde. Wollen sie aber eine Ausbildung absolvieren, wird von ihnen verlangt, dass sie nach Abschluss der Ausbildung das Land verlassen müssen.

Mit dem Rechtsstatus einer Duldung zu leben, heißt: Leben auf Abruf.

Immer gegenwärtig ist die Angst, eines Tages doch abgeschoben zu werden.